Wirtschaftliche Notizen

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **- (1926)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wirtschaftliche Notizen

Französische Steuerprobleme

Die kritische Lage der französischen Finanzen ist in keiner Weise darauf zurückzuführen, dass die Volkswirtschaft zur Bestreitung des öffentlichen Haushaltes und zur Verzinsung der Staatsschuld übertrieben hohe Summen aufzubringen hätte. Beispielsweise betragen die jährlich für diese Zwecke aufgewendeten Mittel kaum einen Drittel der entsprechenden Summen im englischen Budget. Dies ist übrigens nicht erstaunlich, denn Großbritannien muss seine Schulden in Gold verzinsen, während der Zinsendienst der französischen Staatsschuld in der Hauptsache in entwerteten Papierfranken bestritten wird, zum Teil sogar ganz sistiert ist. Die Schwierigkeit besteht auch nicht darin, dass etwa der französische Nationalreichtum unverhältnismäßig viel geringer wäre, als der britische und dass deshalb dem Lande eine der englischen entsprechende Steuerleistung nicht zugemutet werden könnte. Die nominalen Sätze für manche Kategorien von steuerpflichtigen Einkommen sind mindestens so hoch wie in Großbritannien; für solche aus Werttiteln sogar höher. Wenn trotzdem die gesamten Steuererträgnisse des französischen Staates, bezogen auf den Kopf der Bevölkerung, nicht einmal 25% der entsprechenden englischen Einnahmen erreichen, so liegt die Ursache für diese Erscheinung darin, dass die wichtigste direkte Steuer, die sogenannte „allgemeine" Einkommensteuer (impôt général sur le revenu), nur von einem verschwindenden Bruchteil der Bevölkerung auch wirklich bezahlt wird, und dass die Steuerdefraudation bei Groß und Klein einen Umfang angenommen hat, der anderswo nicht für möglich gehalten würde. Das steuerfreie Existenzminimum für die allgemeine Einkommensteuer ist verhältnismäßig tief angesetzt, so dass theoretisch mehr als $^4/_5$ der in Handel und Industrie tätigen Angestellten und Arbeiter der Steuer unterworfen wären. Nichtsdestoweniger ist es ein offenes Geheimnis, dass die meisten Gewerkschaften ihren Angehörigen den Rat geben, der Aufforderung zur Selbsteinschätzung nicht Folge zu leisten. Wegen der großen politischen Macht dieser Körperschaften wagen die Steuerorgane nicht, diesem passiven Widerstand energisch zu Leibe zu rücken. So ist es nicht erstaunlich, dass im Jahre 1924 von rund 15 Millionen Steuerpflichtigen nur etwa 1,1 Millionen die allgemeine Einkommensteuer entrichteten, und dass deren Ertrag sich nur auf 2¼ Milliarden Papierfranken belief, oder ungefähr 560 Millionen Goldfranken. Gleichzeitig betrugen die Erträgnisse der englischen Einkommensteuer (inklusive surtax), trotz teilweise niedrigerer Steuersätze und eines höheren steuerfreien Existenzminimums, rund 8 Milliarden Goldfranken, d. h. bei annähernd gleicher Bevölkerungszahl das 15fache des französischen Steuerertrags. Das Missverhältnis erscheint in einem noch krasseren Lichte, wenn man erfährt, dass von den 2¼ Milliarden Papierfranken, welche die Einkommensteuer im Jahre 1924 abgeworfen hat, über 2 Milliarden von weniger als 90,000 Steuerzahlern aufgebracht wurden, während der Rest der steuerpflichtigen Bevölkerung durchschnittlich ganze 4 Goldfranken an Einkommenssteuer entrichtete, oder rund 1½ Goldfranken pro Kopf der Gesamtbevölkerung.

Neben der Einkommensteuer ist es die Steuer auf landwirtschaftlichen Erträgnissen, die nur einen Bruchteil dessen einbringt, was einer gerechten Einschätzung entsprechen würde. Auch hier sind es politische Gründe, welche die auf die Stimmen der Landbevölkerung angewiesene, im Parlament allmächtige, radikal-sozialistische Partei davon abhält, die Landwirtschaft ihrem wirklichen Ertrage nach besteuern zu lassen.

Frankreich besitzt also noch enorme latente Steuerreserven. Ob sie unter dem herrschenden parlamentarischen System erschlossen werden können, ist eine andere Frage, und man versteht, dass heute viele patriotische und einsichtige Franzosen nach einer Diktatur rufen.